

Die EU plant die totale "Privatisierung" der öffentlichen Dienstleistungen

Eine Basisinformation zum „Grünbuch über die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ und die „Binnenmarktstrategie 2003 bis 2006“

Eine breite „Liberalisierungs“-Angriff

Unkommentiert von den Regierenden, den Medien, Parteien und Interessenvertretungen und damit unbemerkt von der Öffentlichkeit plant die EU-Kommission mit dem „Grünbuch über die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ (Grünbuch = Vorstufe einer EU-Regelung) sowie mit der „Binnenmarktstrategie 2003 bis 2006“ eine breite „Liberalisierungs“-Angriff auf die öffentlichen Dienstleistungen. In Zukunft sollen alle Dienstleistungen europaweit ausgeschrieben werden

Eine zentrale Aufgabe des Staates ist die Sicherstellung der Daseinsvorsorge der Bevölkerung durch öffentliche Dienstleistungen. Wo bisher privatisiert wurde, waren die Folgen immer die gleichen – siehe Großbritannien: Wasserversorgung, Gesundheitssystem, Bus und Bahn – für die Beschäftigten gab es mehr Arbeit und weniger Lohn, und für die Kunden eine schlechtere Versorgung bei höheren Preisen.

Eine Diskussion findet nicht statt

Es klingt unglaublich: Die EU-Kommission entwickelt Konzepte für eine weitreichende Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die in der Öffentlichkeit kaum diskutiert werden. Da wird von der EU der Gedanke propagiert, dass in Zukunft alle Dienstleistungen, für die sich ein privater Anbieter meldet, auszu-schreiben sind: Rettung, Feuerwehr, Gefängnisse, Kindergärten, Schulen, Universitäten, Spitäler, Pflegeheime, Sozialversicherungen, Straßenreinigung, Müllabfuhr, Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, all das soll in Zukunft ausgeschrieben werden müssen, wenn sich ein potentieller privater Betreiber meldet.

Damit gibt es ein durch EU-Recht geregeltes "Verfahren zur Vergabe öffentlicher Aufträge" für all diese Dienstleistungen. Es lebe der freie Markt!

Und wir, die Bürgerinnen und Bürger dieser EU werden nicht einmal gefragt! Soll GATS (Abkommen der Welthandelsorganisation WTO über den Freihandel mit Dienstleistungen) durch die Hintertür in Europa implementiert werden, nachdem die WTO-Verhandlungen in Cancun gescheitert sind und kein Abkommen über weitergehende Liberalisierung im Dienstleistungsbereich erzielt wurde?

„Die Dominanz der staatlichen Institutionen muss gebrochen werden!“

Norbert Walter, Chefökonom der Deutschen Bank, meint: "Vorrangig ist eine neue Architektur der Alterssicherung und im Gesundheitswesen. Die Dominanz der staatlichen Institutionen bei der Absicherung dieser Lebensrisiken muss gebrochen werden!" (*Süddeutsche Zeitung* Nr. 159, 14. Juli 2003, S. 2) Die Deutsche Bank ist also bereit, die Privatisierung von Pensions- und Gesundheitswesen durchzusetzen und zu übernehmen. Aber auch die anderen warten schon. Konzerne wie Suez und Vivendi wollen das öffentliche Wasser, Keolis, Arriva oder Con-

nex den öffentlichen Verkehr, Sana und Helion unsere Krankenhäuser, diverse private Sicherheitsdienste die Parkraumüberwachung und die Geschwindigkeitsüberwachung mit Radargeräten. Es gibt kaum einen Bereich, wo nicht schon ein privater Multi die Startlöcher gräbt, um sich ein öffentliches Monopol als sein privates einzuverleiben. Die Lobbyisten in Brüssel haben für ihre Herren in den Konzernzentralen mit diesem Grünbuch sehr gute Arbeit geleistet.

Es wird keine politischen Spielräume mehr geben

Noch ist es die autonome Entscheidung eines Gemeinderats oder einer Landesregierung, welche Dienstleistungen sie selbst erbringen und welche sie von privaten Unternehmern erbringen lassen. Wenn die Bevölkerung damit nicht einverstanden ist, so hat sie alle politischen Möglichkeiten, die Entscheidungen ihrer gewählten VertreterInnen politisch wieder zu ändern. Wenn aber aus dem "Grünbuch" zwingendes EU-Recht wird, so gibt es diese Möglichkeiten nicht mehr. Dann ist zwingend nach dem Vergaberecht zu entscheiden bei der Gefahr von enormen Schadenersatzprozessen durch nicht zum Zug gekommene Bewerber.

Es wird keine politischen Spielräume mehr geben. Das Recht auf eigene öffentliche Leistungen wird durch die Pflicht zur Ausschreibung ersetzt. Natürlich kann auch ein öffentlicher Betrieb den Zuschlag bekommen, er muss nur „besser“ bzw. „billiger“ anbieten als die Privaten, denn die EU schützt den freien Wettbewerb, aber nicht die öffentliche Versorgung! Auf einen Schlag will die EU so den gesamten Dienstleistungsbereich für den Markt öffnen. Dadurch entstünden große mächtige Dienstleistungskonzerne, denn EU-Konzerne teilen sich den europäischen Markt auf.

Die Folgen sind dramatisch: Beispiel Nahverkehr

Großbritannien war das erste Land, das seinen gesamten öffentlichen Verkehr liberalisierte. Die Preise der Busse außerhalb Londons stiegen um mehr als ein Drittel (in Einzelfällen um 500%), und die Busse verloren mehr als 44% ihrer Fahrgäste. Jetzt haben drei große private Konzerne regionale Monopole. Die Busfahrer verloren 24% ihres Lohns. (Faber, Claus (2003): *Governance Regimes im Öffentlichen Verkehr. Dissertation, Wirtschaftsuniversität Wien*) Auf der Bahn führte die Privatisierung zu einer Häufung sogenannter „gefährlicher Signalübertretungen“. (*Interner Revisionsbericht Railtrack plc*) Der Schieneninfrastrukturbetreiber halbierte seinen Personalstand. Auf Grund des desolaten Schienennetzes waren zeitweise 80% aller britischen Züge zu spät oder fielen aus. Kurz darauf war Railtrack zahlungsunfähig und wird nun mit staatlichem Geld weiter betrieben. Im Frühjahr 2003 entzog die Schienenaufsichtsbehörde dem französischen Bahnkonzern Connex wegen wiederholter grober Fehlleistung den Regionalverkehr im Süden Londons. Die Strecken sind seitdem wieder staatlich. Laut BBC hat Großbritannien das schlechteste Verkehrssystem Europas. (BBC 1, November 2001)

Helsinki gilt als Umweltmusterstadt und schrieb den Betrieb seiner Flüssiggasbusse aus. Ein privater Buskonzern hatte nur Dieselfusse und klagte wegen Benachteiligung. Erst nach einem

dreijährigen Rechtsstreit bekam Helsinki Recht. Die krause Begründung der EU-Richter: eine Kommune dürfe neben ihrem eigenen Wohl auch das ihrer Bürger vertreten.

In **Dänemark** wurde ein Streckenteil den Staatsbahnen entzogen und für rund 800.000 Euro Subvention der britischen Arriva-Gruppe gegeben. Diese hatte aber weder Lokführer noch Waggons. Die Staatsbahnen mussten einspringen und für den Privaten fahren. (Die Presse 4.2.2003)

Schweden gilt als Musterbeispiel erfolgreicher Liberalisierung. Nach dem Rausch folgt nun der Kater: Die Zerteilung des Schienennetzes hat die staatlichen Investitionen in die Bahn verflüchtigt. (Ljunghammer, Owe: *An international perspective on swedish railway policy, Stockholm 1996, Kopicki/Thompson: Best methods on railway restructuring and privatisation, 1995, S. 201*) Die schwedische Eisenbahn ist pleite, muss 20% ihrer Mitarbeiter feuern und wird mit öffentlichem Geld gerettet. (DVZ 51/29.4.03)

Neuseeland hat sein Schienennetz für einen Dollar an private Investoren verkauft. 2003 hat sie das völlig desolate Netz wieder zurück bekommen und muss es nun mit staatlichem Geld reparieren. (New Zealand Rail and Maritime Transport Union, 6. Juni 2003) (Alle Beispiele dieses Absatzes aus: Dr. Claus Faber, „Der Tod der öffentlichen Dienste“, www.oegb-infra.at/download/gruenbuch_4seiter_midres150.pdf)

Widerstand in Österreich: Wiener Wasser unter Verfassungsschutz gestellt

Die Binnenmarktstrategie 2003 bis 2006 sieht vor, gerade auch die Sektoren Wasser und Abwässerbeseitigung verstärkt dem Wettbewerb auszusetzen. Gegen diese drohende Privatisierung wehren sich die Wiener und haben ihre Wasserversorgung unter Verfassungsschutz gestellt! Der Bürgermeister Wiens und Präsident des Österreichischen Städtebundes befürchtet, dass in Zukunft Entscheidungen über weitere Marktöffnungen im Rahmen von GATS ohne die Einbeziehung der nationalen Parlamente

erfolgen wird, sondern dass diese allein auf EU-Ebene getroffen werden: „Gegen derartige Bestrebungen werden wir uns mit aller Kraft zur Wehr setzen! Um dem einen Riegel vorzuschieben, haben wir in Wien die Wasserversorgung unter Verfassungsschutz gestellt.“

(www.umweltdachverband.at/service/presse/wasserliberalisierung080903.rtf: „EU-Kommission drängt auf Liberalisierung der Wasserversorgung!“)

Stuttgarter Oberbürgermeister opponiert gegen die EU-Kommission?

Sogar der Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Schuster opponiert gegen die Privatisierungs-Absichten der EU-Kommission: „Die Dienstleistungen von allgemeinem Interesse sind ureigenste Bestandteile der Kommunen, d.h. der ‚Gemeinschaften‘ vor Ort. Dienstleistungen der örtlichen Grundversorgung wie beispielsweise die Abwasser- oder die Abfallbeseitigung sollten nicht von einer weit entfernten Ebene gesteuert werden. Der ‚Grundsatz der Nähe‘ durch kommunale Autonomie und kurze Entscheidungswege kann für die Qualität dieser Dienstleistungen nur Gewinn bedeuten.“ (http://www.stuttgart.de/sde/menu/frame/top_11021.htm)

Allerdings hat sich der OB an seine eigene Verlautbarung nicht gehalten: Stuttgart hat die gesamte Stromerzeugung und -verteilung, das Gasgeschäft, Fernwärmegeschäft, Müllverwertung und die Wasserversorgung mitsamt den 33%-Anteilen an den Zweckverbänden Bodensee- und Landeswasserversorgung an die EnBW/EDF verkauft! Trotzdem behauptet er heute noch öffentlich: das Wasser Stuttgarts ist öffentlich-rechtlich und muss es auch bleiben!!

Keine Privatisierung angeordnet durch die EU!

Im Wahlkampf für die anstehenden Kommunalwahlen im Juni müssen wir die Kandidaten und Kandidatinnen nach ihrer Meinung zur Privatisierung kommunaler Einrichtungen befragen. Wir wollen feste Zusagen von allen Parteien, die sich zur Wahl stellen, dass öffentliche Einrichtungen nicht privatisiert werden.

Wie die Wiener wenden auch wir uns entschieden gegen weitere Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen wie im Bereich Wasser, Gesundheit, Bildung und öffentlicher Nahverkehr. Dies sind kommunale Einrichtungen, von unseren Steuergeldern bezahlt, die nicht in private Hände fallen dürfen. Das ist Diebstahl öffentlichen Eigentums!